

1374/J

der Abgeordneten DI Prinzhorn
und Kollegen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend
Glücksspielgesetz

Jahr für Jahr fließen dem österreichischen Staatshaushalt Milliardenbeträge an Steuern und Abgaben aus dem legalen, staatlich kontrollierten Glücksspiel zu.

Allerdings wird befürchtet, daß sich u. a. durch neue Kommunikationsformen - wie etwa das Internet - in Zukunft auch illegale Glücksspiele in Österreich weiter ausbreiten könnten.

Betroffen wären - nach Aussagen von Leo Wallner, Direktor der Casinos Austria AG - von solchen Entwicklungen vor allem das Lottospiel und der Casinobereich. Eine Verringerung des Steueraufkommens wäre die Folge.

1995 wurden allein von der Casinos Austria AG 1,66 Mrd. ATS abgeführt, 1,62 Mrd. ATS waren es im Jahr davor.

Mit der Begründung, den Bereich des legalen Glücksspiels in Österreich gegen illegales Spiel besser sichern zu müssen, wird gegenwärtig eine Novelle des Glücksspielgesetzes vorbereitet.

In Zusammenhang mit oben angeführtem Sachverhalt richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen nachstehende

A n f r a g e

1) Wieviele Fälle von Verstößen gegen das Glücksspielgesetz gelangten in den letzten Jahren zur Anzeige?

2) Wieviele Verurteilungen erfolgten in den letzten Jahren wegen Verstoßes gegen das Glücksspielgesetz?

3) Welche Verluste entstanden der Republik Österreich in den letzten Jahren aufgrund der Durchführung von illegalen Glücksspielen?

4) Welche besonderen Schwierigkeiten sind in der Vollziehung des geltenden Glücksspielgesetzes zu überwinden und welche diesbezüglichen Verbesserungen erwarten Sie von einer Novellierung dieses Gesetzes?

5) Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um die Ausbreitung von illegalen Glücksspielen in Österreich - speziell über neue Kommunikationsformen, wie etwa das Internet - zu verhindern?

6) Sehen Sie in der Aufrechterhaltung, der Sicherung und dem Ausbau des staatlichen Monopols im Glücksspielbereich die Gefahr eines Verstoßes gegen geItendes EU-Recht?

7) Halten Sie die Aufrechterhaltung, die Sicherung und den Ausbau des staatlichen Monopols im Glücksspielbereich wettbewerbsrechtlich für vertretbar?

8) Sehen Sie in der Aufrechterhaltung, der Sicherung und dem Ausbau des staatlichen Monopols im Glücksspielbereich die Gefahr eines Verstoßes gegen das verfassungsmäßig gewährleistete Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz?